Walliser Vereinigung der Gemeinde-Bauämter Seminar n° 2

Naturgefahren



Christian Studer, Ingenieur Naturgefahren DNAGE, Sektion Seitengewässer, Kreis Oberwallis

Inhalt

- Dienststelle: Organisation, gesetzliche Grundlagen
- Gefahrenarten
- Integrales Risikomanagement
- Gefahrenkarten und Bauvorhaben in Gefahrengebieten
- Schutzbauten- und Wasserbauprojekte: Besonderheiten bei der Abwicklung
- Unterhalt der Gewässer und Schutzbauten
- Gewässerraum und Revitalisierungen

Inhalt

- Dienststelle: Organisation, gesetzliche Grundlagen
- Gefahrenarten
- Integrales Risikomanagement
- Gefahrenkarten und Bauvorhaben in Gefahrengebieten
- Schutzbauten- und Wasserbauprojekte: Besonderheiten bei der Abwicklung
- Unterhalt der Gewässer und Schutzbauten
- Gewässerraum und Revitalisierungen

Dienststelle Naturgefahren

▼ > 50 Mitarbeitende / mehrere hundert laufende Projekte

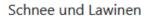


Dienststelle Naturgefahren

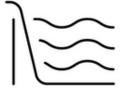




Überflutung und Murgänge





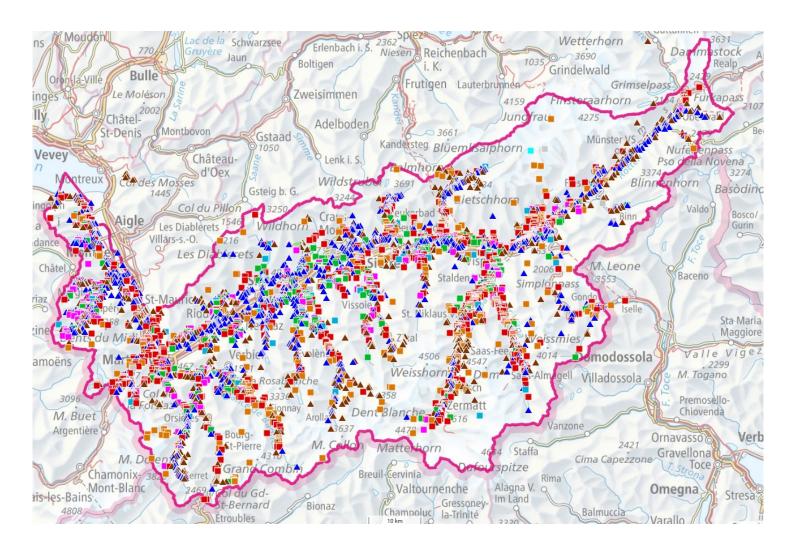


Massenbewegungsgefahren

Die 3. Rhonekorretion

Dienststelle Naturgefahren

Das Wallis ist mit einer Vielzahl von Naturgefahrenereignissen konfrontiert



Yann Salamin

Wirtschaftlicher

Mitarbeiter



Département de la mobilité, du territoire et de l'environnement Service des dangers naturels

Departement für Mobilität, Raumentwicklung und Umwelt Dienststelle Naturgefahren

Raphaël Mayoraz Dienstchef

DIREKTION

Alexia Philippoz Kommunikationsbeauftragte

Laurent Simon-Vermot Adjunkt des Dienstchefs

Florian Aubry

Gruppenchef

Karim Laribi

Objektleiter

Johan Mabillard

Objektleiter

Benoît Maillard

Objektleiter

FINANZEN UND **ADMINISTRATION**

Laurent Simon-Vermot Sektionschef

Adélaïde Barman Wissenschaftliche Mitarbeiterin Finanzen

Alain Bender Wirtschaftlicher Mitarbeiter

Finanzen Renata Imboden

Direktionsassistentin und HR

Annie Jordan Administrative Mitarbeiterin Buchhaltung

Sylviane Lambiel Sekretärin-Assistentin

Mittelwallis und Unterwallis Romy Mayor

Administrative Mitarbeiterin Buchhaltung

Daniela Oldenburg Administrative Mitarbeiterin

Kommunikation **Carole Ottet**

Sekretärin-Assistentin Archivarin

Adeline Zufferey Wirtschaftliche Mitarbeiterin

GRUNDLAGEN INTEGRALES RISIKOMANAGEMENT

Martin Proksch Sektionschef

Nicolas de Morsier Ingenieur Naturgefahren

Aurélie Follonier Wissenschaftliche Mitarbeiterin

Stéphanie Jüstrich Hydrogeologe

Lysiane Mayoraz Wissenschafltiche Mitarbeiterin

Francesco Pacchiani Wissenschaftlicher Mitarbeiter

Bastien Roquier Wissenschaftlicher Mitarbeiter

Daniel Savary Wissenschaftlicher Mitarbeiter

> **Baptiste Sneiders** Spezialist Biologie

Romain Sonney Hydrogeologe

Marianne Thomann Spezialistin Gebiet und Landschaft

LAWINEN. **GLETSCHERGEFAHREN UND SCHUTZBAUTEN**

Pascal Stoebener Sektionschef

Alban Brigger Ingenieur Naturgefahren Oberwallis

Norbert Carlen Ingenieur Naturgefahren Oberwallis

François Fellay Ingenieur Naturgefahren

Mittelwallis Pascal Stoebener

Ingenieur Naturgefahren Unterwallis

GEOLOGISCHE GEFAHREN UND RESSOURCEN DES **UNTERGRUNDS**

Guillaume Favre-Bulle Sektionschef

Raphaël Corthay Ingenieur Naturgefahren Ressourcen des Untergrunds

Jean-Yves Délèze Ingenieur Naturgefahren Ressourcen des Untergrunds

Guillaume Favre-Bulle Ingenieur Naturgefahren Unterwallis

Philippe Gsponer Ingenieur Naturgefahren Oberwallis

Alexandre Vogel Ingenieur Naturgefahren Mittelwallis

FLUSSBAU

Nicolas Dayer Sektionschef

Stéphane Bovier Ingenieur Naturgefahren Unterwallis

Ingenieur Naturgefahren Mittelwallis

Daniel Devanthéry Ingenieur Naturgefahren

Didier Jacquemettaz Ingenieur Naturgefahren

Frédéric Jollien

Laetitia Mathier

Oberwallis Romain Minoia

Ingenieur Naturgefahren Unterwallis

Thomas Chabanne

Mittelwallis

Oberwallis

Ingenieur Naturgefahren Oberwallis

Ingenieurin Naturgefahren

Christian Studer Ingenieur Naturgefahren Oberwallis

Sektionschef Offene Stelle

Gruppe Gruppe Unterwallis Mittelwallis

> **Bruno Falay** Gruppenchef

Yves Jacquier Objektleiter

Romain Mage Objektleiter

Vincent Quinche Objektleiter

Gruppe Landerwerb Oberwallis

David Zumofen Gruppenchef

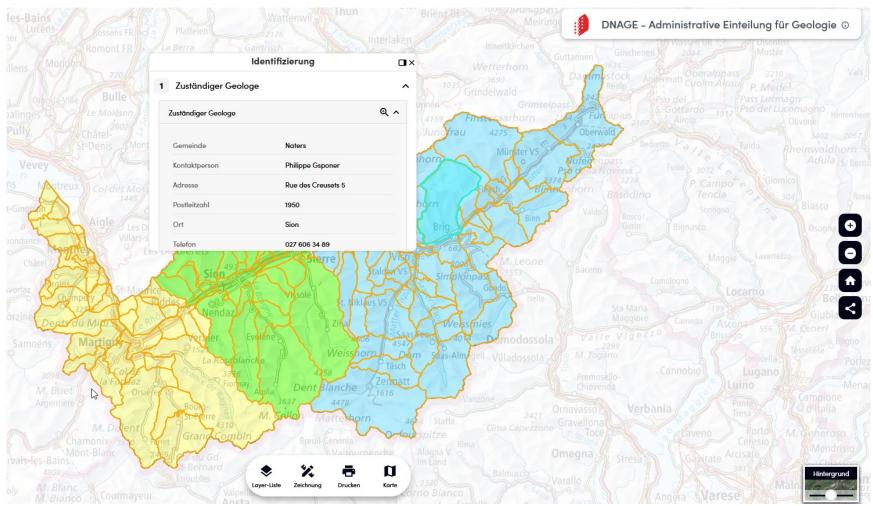
Mélanie Clémencon Objektleiterin

Daniel Hersberger Objektleiter David Miesch

Bauleiter



Welcher Ingenieur ist für welchen Bereich im welcher Gemeinde zuständig ? (www.vs.ch/dnage)





Die wichtigsten gesetzlichen Grundlagen

Gesetzgebung auf Stufe Bund

- Gesetz über den Wasserbau vom 21.06.1991
- Gesetz über den Wald vom 04.10.1991
- Gesetz über den Schutz der Gewässer vom 24.01.1991
- Gewässerschutzverordnung vom 28.10.1998

Gesetzgebung auf Stufe Kanton

- Gesetz über die Naturgefahren und den Wasserbau vom 10.06.2022
- Verordnung über die Naturgefahren und den Wasserbau vom 17.07.2024



Gesetz über die Naturgefahren und den Wasserbau vom 10. Juni 2022 (GNGWB)

- regelt den **Umgang mit Naturgefahren**, den **Unterhalt** und den Wasserbau an oberirdischen Gewässern sowie die **Finanzierung** der entsprechenden Massnahmen
- Zusammenfassen, vereinfachen und aktualisieren der bestehenden gesetzlichen Grundlagen zu Naturgefahren (Wald- und Naturgefahrengesetz, Wasserbaugesetz)
- Alle Naturgefahren (gravitativ, tektonisch, klimatischmeteorologisch)
- Integrales Risikomanagement gesetzlich verankern (Risiko statt Gefahren)



Zuständigkeiten gemäss GNGWB

Art. 4 Zuständigkeiten und Aufgaben im Bereich des integralen Risikomanagements

Betreffend die gravitativen Naturgefahren im Sinne von Artikel 2 Absatz 3 Buchstabe a gilt:

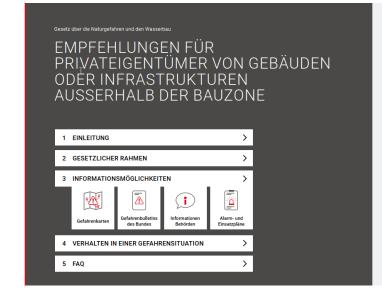
- a) die öffentliche Hand engagiert sich aktiv, insbesondere indem sie für ihren Verantwortungsbereich und ihre Anlagen einen risikobasierten Flächenschutz bietet und durch Warnung und Alarmierung dafür sorgt, dass die privaten Akteure ihre Verantwortung wahrnehmen können;
- b) der Kanton ist zuständig für die Rhone, den Genfersee und das kantonale Strassennetz;
- c) die Gemeinden sind auf ihrem Gebiet zuständig für die Bauzonen und deren Zugänge, die Kleinsiedlungen ausserhalb der Bauzone und deren Zugänge, ihre Infrastrukturanlagen und ihre Verkehrswege;
- d) die Eigentümer und Betreiber von Infrastrukturanlagen sind unabhängig von deren Zuweisung zu einer Nutzungszone zuständig für ihre Anlagen, gegebenenfalls gemäss der für ihre Anlagen geltenden Spezialgesetzgebung;



Zuständigkeiten gemäss GNGWB

e) die **Privateigentümer** von Gebäuden und Infrastrukturanlagen ausserhalb der Bauzone sind, unter Vorbehalt der Bestimmungen von Buchstabe c), für ihr Eigentum zuständig. **Sie müssen sich selbst über die Gefahrensituation sowie deren mögliche Entwicklung informieren**. Dasselbe gilt für die Zugänge. Gegebenenfalls ist die Nutzung anzupassen und allfällige Nutzer der Liegenschaft sind zu informieren. Die für die gravitativen Naturgefahren zuständigen Dienststelle (nachfolgend: Dienststelle) veröffentlicht die zu befolgenden Empfehlungen und die Schutzmassnahmen, die von den Privateigentümern zu ergreifen sind.

Entsprechende Empfehlungen für die privaten Eigentümer wurden 2023 auf der Homepage der DNAGE aufgeschaltet https://www.vs.ch/documents/16282251/0/Dangers-naturels-DE-v4.pdf/f46a2463-8527-7dca-1f02-25f87cdefc3f?t=1680669215736





Zuständigkeiten gemäss GNGWB

Art. 5 Zuständigkeiten betreffend den Wasserbau

Der Wasserbau an Fliessgewässern und Seen und deren Unterhalt obliegen:

- a) dem Kanton für die Rhone und den Genfersee; er handelt durch das mit dem Wasserbau und den Naturgefahren beauftragte Departement (nachfolgend: Departement);
- b) den Gemeinden für die Fliessgewässer und Seen auf ihrem Gebiet, die im kantonalen Inventar gemäss Artikel 7 aufgeführt sind;
- c) dem Eigentümer des Anrainer-Grundstücks oder dem Inhaber einer entsprechenden Dienstbarkeit für die Privatseen;
- d) dem Inhaber einer Konzession oder eines Nutzungsrechts am Gewässer, soweit ihm anlässlich der Erteilung der Konzession oder des Nutzungsrechts die Verpflichtung für den Wasserbau oder den Unterhalt der Gewässer gemäss der geltenden Gesetzgebung übertragen worden ist;
- e) den Geteilschaften oder Privatpersonen



Inhalt

- Dienststelle: Organisation, gesetzliche Grundlagen
- Gefahrenarten
- Integrales Risikomanagement
- Gefahrenkarten und Bauvorhaben in Gefahrengebieten
- Schutzbauten- und Wasserbauprojekte: Besonderheiten bei der Abwicklung
- Unterhalt der Gewässer und Schutzbauten
- Gewässerraum und Revitalisierungen

- Tektonische Naturgefahren (Erbeben)
- ▶ klimatisch-meteorologische Naturgefahren und andere: Trockenheit, Waldbrand, Hitzewelle, Kältewelle, Starkregen, Hagel, Sturm, Schnee, Blitz, Grundwasseraufstoss
- Gravitativen Naturgefahren
 - Hydrologische Naturgefahren
 - Geologische Naturgefahren
 - Nivo-glaziale Naturgefahren



Naturgefahrenarten - Zuständigkeiten

Art. VNGWB

Zuständige Verwaltungsstellen für die verschiedenen Naturgefahrenprozesse Die Dienststellen und Organisationen sind für die Naturgefahren wie folgt zuständig:

- a) die Dienststelle, die mit den Naturgefahren, den Fliessgewässern und Seen beauftragt ist (nachfolgend: Dienststelle): hydrologische Gefahren, gravitative geologische Gefahren, Lawinen und Gletschergefahren (nachfolgend: gravitative Gefahren);
- b) die Dienststelle, die mit der zivilen Sicherheit beauftragt ist, mit Unterstützung der für die Naturgefahren zuständigen Dienststelle: tektonische Gefahren (Erdbeben);
- c) die Dienststelle, die für den Wald zuständig ist, mit Unterstützung der für die zivile Sicherheit zuständigen Dienststelle: Waldbrandgefahr;
- d) die Dienststelle, die für die Landwirtschaft zuständig ist, mit Unterstützung der für die zivile Sicherheit zuständigen Dienststelle und der für die Umwelt zuständigen Dienststelle: Trockenheit;
- e) die Dienststelle, die für das Gesundheitswesen zuständig ist: Hitze- und Kältewellen mit Auswirkungen auf die Bevölkerung und ihre Gesundheit;
- f) die Dienststelle, die für das Grundwasser zuständig ist: Grundwasseraufstoss;
- g) die Dienststelle, die für die Mobilität zuständig ist, mit Unterstützung der für die Naturgefahren zuständigen Dienststelle: alle Naturgefahren, die die öffentlichen kantonalen Verkehrswege im Sinne des Strassengesetzes betreffen;
- h) die zuständigen Bundes- und Kantonsstellen, mit Unterstützung der Kantonspolizei: Übermittlung von meteorologischen Warnungen.



- Hydrologische Naturgefahren (Wassergefahren)
 - Hochwasser: Rhone und Seitenbäche
 - Murgänge
 - Ufererosion
 - Hochwasser der Seen (Genfersee)
 - Oberflächenabfluss







- Hydrologische Naturgefahren (Wassergefahren)
 - Hochwasser: Rhone und Seitenbäche
 - Murgänge
 - Ufererosion
 - Hochwasser der Seen (Genfersee)
 - Oberflächenabfluss







- Geologische Naturgefahren
 - Permanente Rutschungen
 - Spontane Rutschungen und Hangmuren
 - Stein-/Blockschlag
 - Felssturz, Bergsturz
 - Absenkungen, Einsturz







- Geologische Naturgefahren
 - Permanente Rutschungen
 - Spontane Rutschungen und Hangmuren
 - Stein-/Blockschlag
 - Felssturz, Bergsturz
 - Absenkungen, Einsturz





- Geologische Naturgefahren
 - Permanente Rutschungen
 - Spontane Rutschungen und Hangmuren
 - Stein-/Blockschlag
 - Felssturz, Bergsturz
 - Absenkungen, Einsturz







- Nivo-glaziale Gefahren
 - Lawinen (Fliess- und Staublawinen, Schneegleiten)
 - Gletschersturz, -abbruch







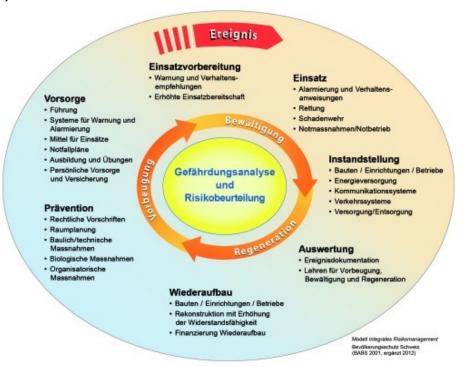
Inhalt

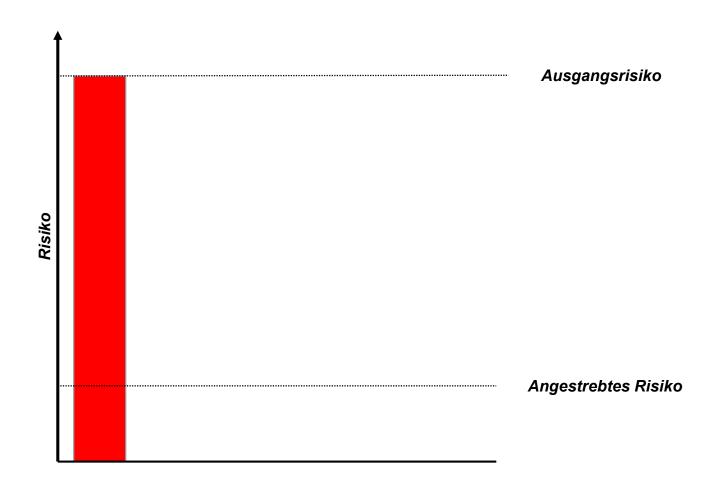
- Dienststelle: Organisation, gesetzliche Grundlagen
- Gefahrenarten und Zuständigkeiten
- Integrales Risikomanagement
- Gefahrenkarten und Bauvorhaben in Gefahrengebieten
- Schutzbauten- und Wasserbauprojekte: Besonderheiten bei der Abwicklung
- Unterhalt der Gewässer und Schutzbauten
- Gewässerraum und Revitalisierungen

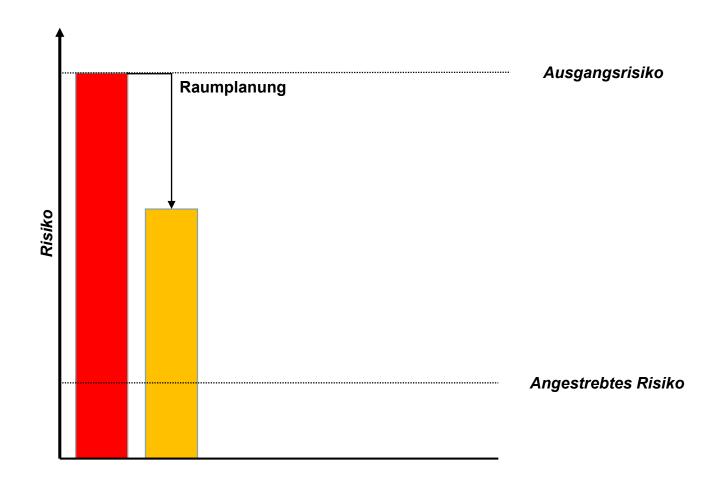
Das integrale Risikomanagement

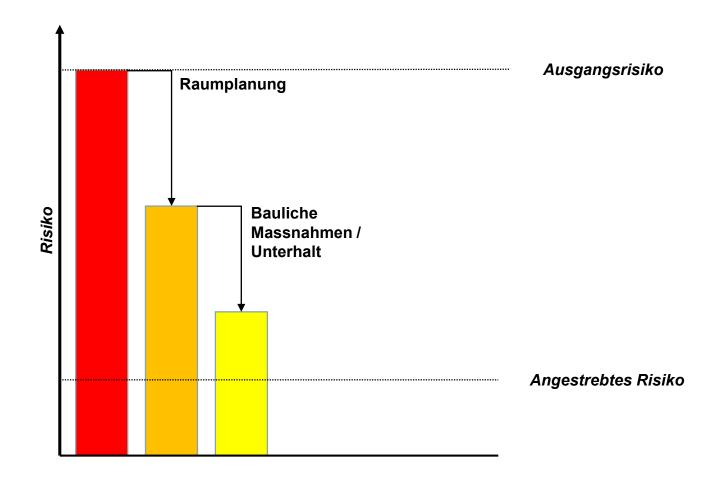
Beim integralem Risikomanagement werden die **Handlungen und Massnahmen** im Risikokreislauf aufeinander abgestimmt. Es sind dies:

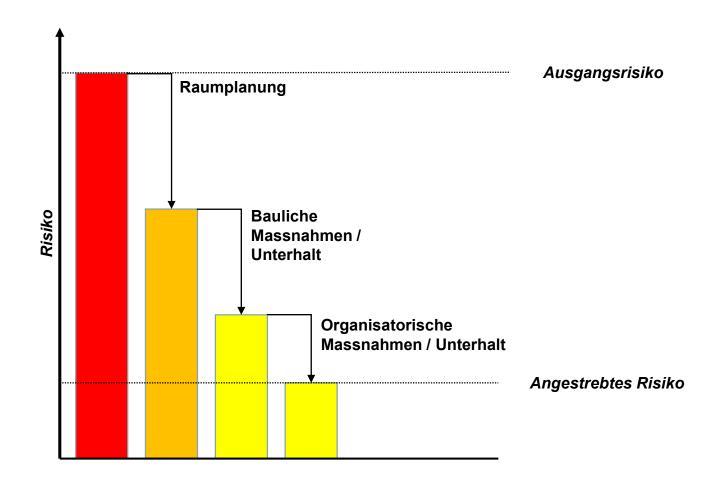
- die Vorbeugung gegen ein Ereignis (Prävention und Vorsorge),
- die Bewältigung der Probleme während eines Ereignisses (Intervention und provisorische Instandstellung) und
- die Regeneration nach einem Ereignis (definitive Instandstellung und Wiederaufbau)

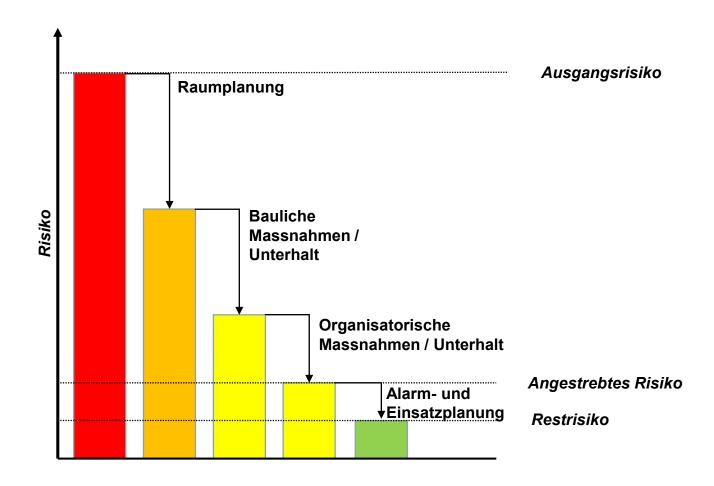












Inhalt

- Dienststelle: Organisation, gesetzliche Grundlagen
- Gefahrenarten
- Integrales Risikomanagement
- Gefahrenkarten und Bauvorhaben in Gefahrengebieten
- Schutzbauten- und Wasserbauprojekte: Besonderheiten bei der Abwicklung
- Unterhalt der Gewässer und Schutzbauten
- Gewässerraum und Revitalisierungen

Die Gefahrenkarten (Art. 9 GNGWB)

Gefahrenkarten sind technische Dokumente, die von spezialisierten Ingenieurbüros nach schweizweit gültigen Normen erstellt werden:

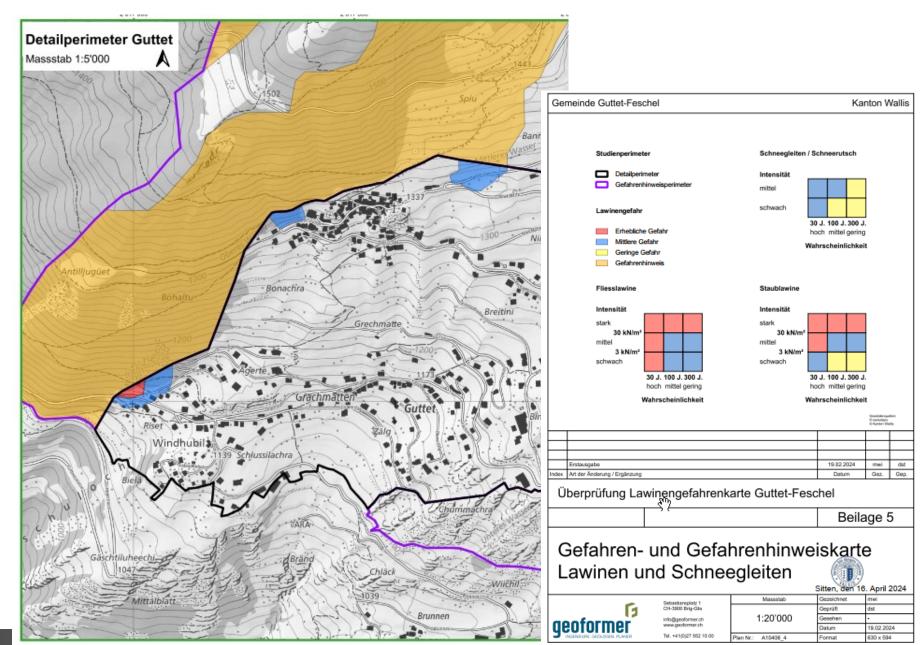
- Auftraggeber ist in der Regel die Gemeinde
- die DNAGE subventioniert die Erstellung und Aktualisierung der Gefahrenkarten mit Beitragen von 90% und begleitet die Arbeiten
- die Gefahrenkarten sind obligatorisch für die Bauzonen
- dienen als Grundlage für alle raumwirksamen Tätigkeiten (insbesondere für die Raumplanung und die Beurteilung von Bauvorhaben)
- ab der Validierung der Gefahrenkarte durch die kantonale Fachstelle (DNAGE) ist eine Gefahrenkarte behördenverbindlich

Gefahrenkarten ≠ Gefahrenzonenplan (Art. 10 GNGWB)

- der Gefahrenzonenplan stellt die parzellenscharfe rechtliche Umsetzung der Gefahrenkarte innerhalb der Bauzone dar, mit der dem betroffenen Bodeneigentümer ein Anhörungsrecht eingeräumt wird (eigentümerverbindlich).
- zuständig ist der Verwaltungs- und Rechtsdienst des Departments für Mobilität, Raumordnung und Umwelt



Die Gefahrenkarte



Der Gefahrenzonenplan



Gemeinde Guttet-Feschel

NIVO-GLAZIALE GEFAHRENZONEN

(Fliess- und Staublawinen, Schneegleiten)

DE COMENCE-VENANT TIME VAN CUT EN HEIDER, RECOMENIET NEIDERT, DASS DAS DIE OFFENTSCHEN VENEZINGLIGGENE WASSCHOOLDEN DES DE LEGE FORMANDE PRODERT VAN AUGUSTOMMER RESEARCH DE RECOMEN DE LEMBOTOMMER AUGUSTOMMER DE LEMBOTOMMER DE SCHECKER PRIODERT DATOM DE SCHECKER PRIODERT DATOM DE SCHECKER DATOM STEMPE.

BEILITEM-MOLLER DATOM STEMPE.

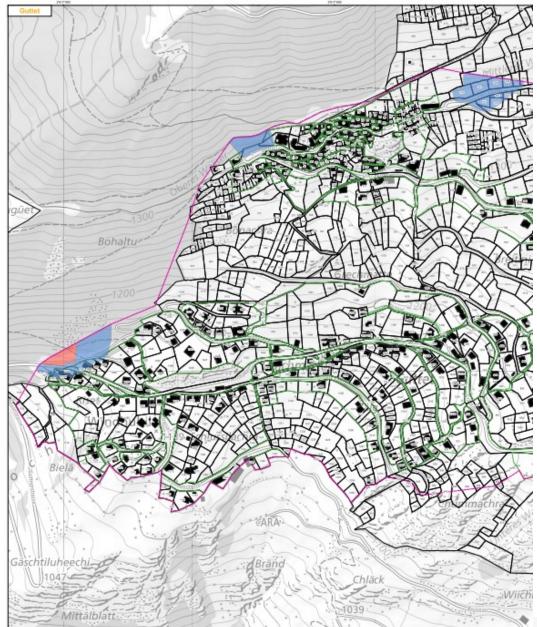
BEILITEM-MOLLER DATOM STEMPE.

BEILITEM-MOLLER DATOM STEMPE.

BEILITEM-MOLLER DATOM STEMPE.

Massestab 1 : 2'000

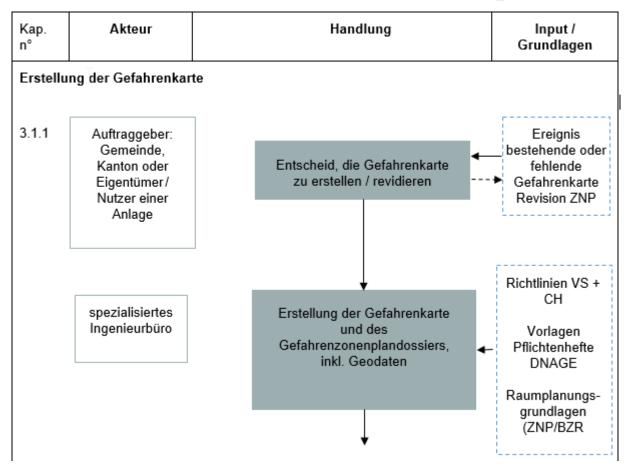
Stand: 03/2024





Die Gefahrenkarten

provisorisch



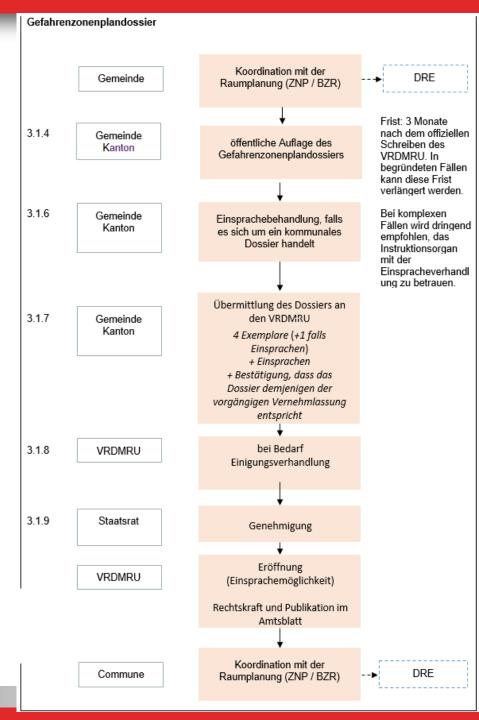
Die Gefahrenkarte

Vorgängige Vernehmlassung Das Dossier wird in 3.1.2 elektronischer Form Gemeinde Übermittlung des gesamten übermittelt und Kanton Dossiers an den Kanton zur beinhaltet auch die vorgängigen Vernehmlassung Geodaten VRDRMU Übermittlung des Dossiers an die DNAGE DNAGE Validierung der Frist von 3 Gefahrenkarte (oder Monaten, Diese Ergänzungen verlangen) Frist kann in begründeten Vormeinung zum Fällen verlängert Gefahrenzonenplandossier werden. Übermittlung des Dossiers an den VRDMRU (inkl. nummerische Daten) 3.1.3 Ende der vorgängigen VRDMRU Vernehmlassung und Validierung offizielles Schreiben





Der Gefahrenzonenplan





Bedeutung von Gefahrenstufen

Rote Gefahrenstufe	Blaue Gefahrenstufe	Gelbe Gefahrenstufe	Gelb-weisse Gefahrenstufe	Weisses Gebiet
Erhebliche Gefährdung	Mittlere Gefährdung	Geringe Gefährdung	Restgefährdung	Keine oder vernachlässigbare Gefährdung
Verbotsbereich	Gebotsbereich	Hinweisbereich	Restgefährdung	keine Gefahr
Personen sind sowohl innerhalb als auch ausserhalb von Gebäuden gefährdet. Mit der plötzlichen Zerstörung von Gebäuden ist zu rechnen.	Personen sind inner- halb von Gebäuden kaum gefährdet, aus- serhalb davon liegt hingegen eine Gefähr- dung vor. Mit Schäden an Gebäuden ist zu rechnen, jedoch sind plötzliche Gebäudezer- störungen in diesem Gebiet nicht zu erwar- ten, falls die Auflagen bezüglich Bauweise beachtet werden.	Personen sind kaum gefährdet. Mit geringen Schäden an Gebäuden sowie mit Behinderungen ist zu rechnen. Durch einfliessendes Wasser und / oder Feinmaterial können jedoch innerhalb von Gebäuden erhebliche Sachschäden auftreten.	Hinweisbereich, der eine Restgefährdung beziehungsweise ein Restrisiko mit einer sehr geringen Eintre- tenswahrscheinlich- keit aufzeigt. Ereignis- se können dabei starke Intensitäten erreichen (Beispiel Felssturz).	Gemäss dem aktuellen Kenntnisstand besteht keine oder lediglich eine vernachlässigbare Gefährdung durch die beurteilten Natur- gefahren.

Richtlinie zur Erarbeitung von Gefahrenzonen und zu den Baubewilligungen innerhalb dieser Zonen vom 7. Juni 2010 (in Überarbeitung, neue Version folgt auf ca. Mai 2025)

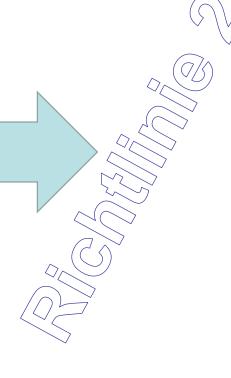


Richtlinie

zur Erarbeitung von Gefahrenzonen und zu den Baubewilligungen innerhalb dieser Zonen vom 7. Juni 2010

INHALTSVERZEICHNIS

LEITFADEN «WER MACHT WAS?»1			4
LEITFADEN «WER MACHT WAS?»2			5
1. ZWECK, GELTUNGSBEREICH RICHTLINIE	UND	TRAGWEITE	DIESER
2. GESETZLICHE GRUNDLAGEN UND Z	USTÄNDI	GKEITEN	6
3. REGLEMENTIERTE BEREICHE 3.1. ERARBEITUNG VON GEFAHRENZONEN			
3.2. GEFAHRENARTEN UND GEFAHRENSTUFE	N		7
3.2.1 Gefahrenarten			7



Baubewilligungen in Gefahrengebieten (Art. 11 und 12 GNGWB)

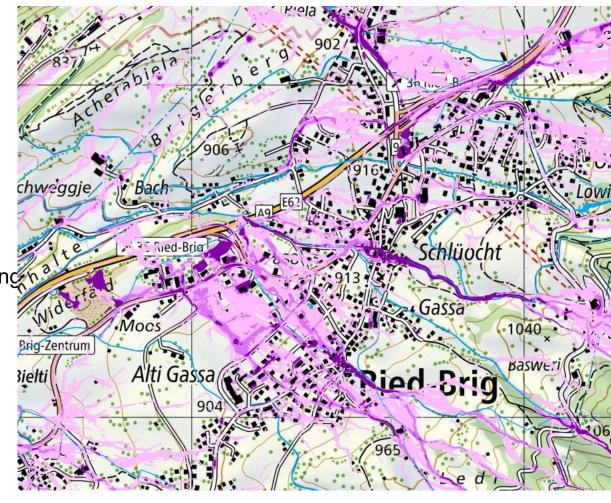
Vormeinung der zuständigen Ein gefährdetes **Dienststelle** Gebiet ist erforderlich betroffen (Art. 12 GNGWB) Mittlere / geringe Erhebliche Gefahr Gefahr (rote Zone) Restgefährdung Umbauten, Baubewilligungen Keine neue Bauten Erneuerungen und unter Zweckänderungen nur und Anlagen (Ausnahmen gemäss Verordnung) Bedingungen bei Risikoreduktion (Ausnahmen gemäss Verordnung)



Gefährdungskarte Oberflächenabfluss

Die Karte zeigt, wo potenzielle Gefahr durch Oberflächenabfluss besteht. Sie deckt die ganze Schweiz ab, sowohl das besiedelte wie auch das nicht besiedelte Gebiet und ist frei verfügbar.

- Die Gemeinde nimmt Kenntnis dieser Gefährdung;
- Berücksichtigt diese Gefährdung bei kommunalen Infrastruktur-/Wasserwirtschaftsprojekten;
- Informiert Privatpersonen bei Baugesuchen in Betroffenen gebieten (für die Planung angemessener Objektschutzmassnahmen).





Inhalt

- Dienststelle: Organisation, gesetzliche Grundlagen
- Gefahrenarten
- Integrales Risikomanagement
- Gefahrenkarten und Bauvorhaben in Gefahrengebieten
- Schutzbauten- und Wasserbauprojekte: Besonderheiten bei der Abwicklung
- Unterhalt der Gewässer und Schutzbauten
- Gewässerraum und Revitalisierungen

Schutzbauten- und Wasserbauprojekte

- Besonderheiten
 - In der Regel ein mehrstufiges Verfahren
 - Vorstudie
 - Vorprojekt
 - Bau-/Auflageprojekt (für Schutzbautenprojekte gegen die Prozesse Lawinen und Steinschlag in der Regel identisch dem Bauprojekt)
 - Ausführungsprojekt, usw.
 - Plangenehmigung gemäss Art. 31 40 GNGWB
 - Vorgängige Vernehmlassung gemäss Art. 31, Abs. 4 GNGWB

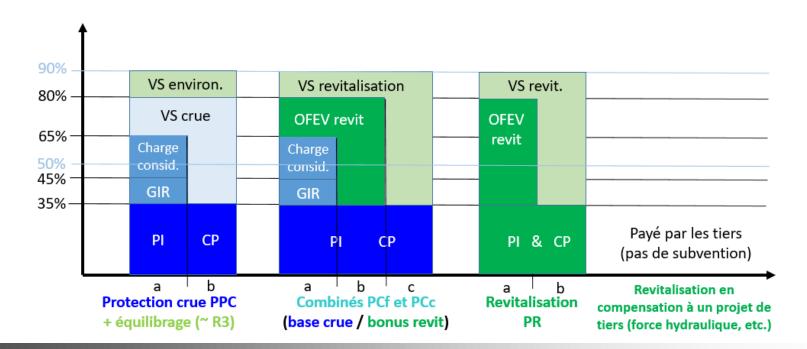
«Die betroffenen Dienststellen und Ämter werden vor der öffentlichen Auflage vom Instruktionsorgan konsultiert, und das Projekt wird unter Berücksichtigung der Bedingungen und Ergänzungsanträge der Dienststellen und Ämter angepasst, sofern diese nicht in Widerspruch zu den Projektzielen stehen.»

GNGWB PV Umwelt BAFU SIA 103

Schutzbauten- und Wasserbauprojekte

- Subventionssatz gemäss Art. 49 GNGWB variabel zwischen 50 90 %
 - Individuelles Todesfallrisiko / zu schützende Objekte / Kostenwirksamkeit
 - Integrales Risikomanagement: Gefahrenkarten / Ereigniskataster / Schutzbautenmanagement / gefahrengerechtes Bauen / AEPL / etc.
 - Technische und ökologische Aspekte

HWS kombiniert mit Revitalisierung gibt Mehrwerte -> höhere Subvention





Inhalt

- Dienststelle: Organisation, gesetzliche Grundlagen
- Gefahrenarten
- Integrales Risikomanagement
- Gefahrenkarten und Bauvorhaben in Gefahrengebieten
- Schutzbauten- und Wasserbauprojekte: Besonderheiten bei der Abwicklung
- Unterhalt der Gewässer und Schutzbauten
- Gewässerraum und Revitalisierungen

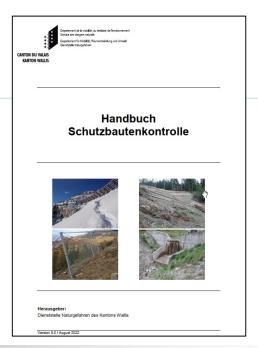
Unterhalt Schutzbauten (Art. 17 und 20 GNGWB)

Die in den Artikeln 4 und 5 für zuständig erklärten Behörden und Dritte sind **verantwortlich** für die Kontrolle und den Unterhalt der Schutzbauten, Fliessgewässer und Seen.

Die **Dienststelle** überprüft im Einverständnis mit den zuständigen Gemeinden mittels **Stichproben** den Zustand der Schutzbauten, Fliessgewässer und Seen.

Die Dienststelle erlässt zuhanden der Gemeinden und Dritter **Empfehlungen für den Unterhalt**.



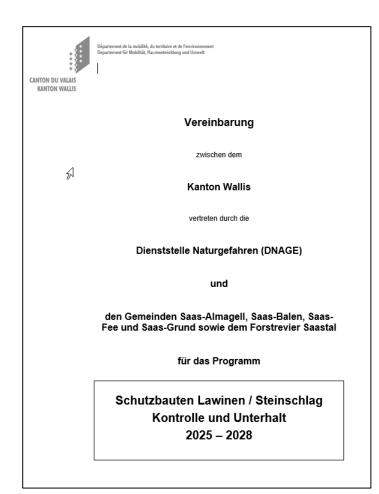




Unterhalt Schutzbauten (Art. 17 und 20 GNGWB)

Seit 2023: verschiedene Neuerungen bei der SBK

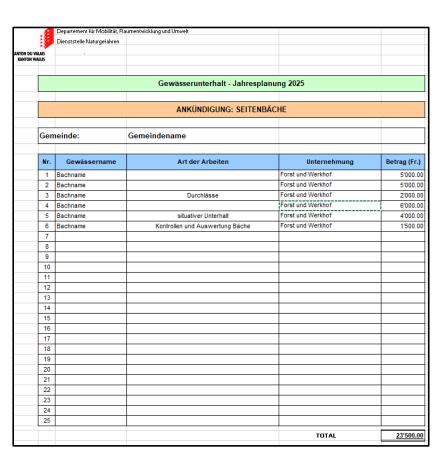
- SBK erfolgt wie der Gewässerunterhalt nicht mehr über die Investitionsrechnung sondern über die laufende Rechnung.
- Die Abrechnungen erfolgen über die jeweiligen Gemeinden.
- Die Kontrollen sollen möglichst durch die bisherigen Kontrolleure ausgeführt werden.
- neue Vereinbarung zwischen den Gemeinden und der DNAGE liegen flächendeckend vor.





Unterhalt Schutzbauten und Gewässerunterhalt

- Die Arbeiten müssen jedes Jahr bis Ende März angekündigt werden.
- Die Abrechnung erfolgt per Ende Oktober.



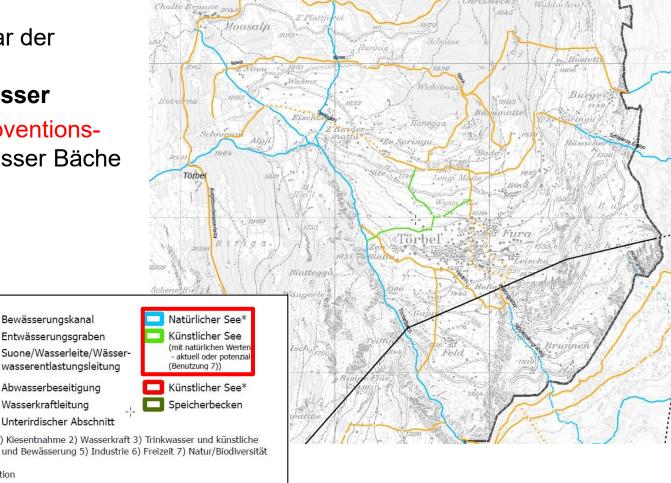
	Departement für Mobilität, Raumei	ntwicklung und Umwelt						
	Dienststelle Naturgefahren							
ON DU VALAIS								
NTON WALLIS								
	Gewässerunterhalt - Vierjahresplanung 2025-2028							
	ANKÜNDIGUNG: SEITENBÄCHE & KANÄLE							
Geme	einde:							
	Objekt	Betrag (Fr.) 2025	Betrag (Fr.) 2026	Betrag (Fr.) 2027	Betrag (Fr.) 2028			
	Objekt Seitenbäche							
		2025	2026	2027	2028			
	Seitenbäche	2025	2026 16500	2027	2028			
	Seitenbäche Kanäle	2025 23500	2026 16500	2027 16000	2028 12'500.i			
	Seitenbäche Kanäle TOTAL	2025 23500 23'500.00	2026 16500	16000.00	2028 12'500. 12'500.			



Gewässerunterhalt - Grundlagen

Kantonales Inventar der öffentlichen Oberflächengewässer

→ Definiert die subventionsberechtigten Gewässer Bäche und Kanäle



^{*} Benutzung: 0) Keine besondere Nutzung 1) Kiesentnahme 2) Wasserkraft 3) Trinkwasser und künstliche Beschneiung 4) Landwirtschaft und Bewässerung 5) Industrie 6) Freizeit 7) Natur/Biodiversität 8) Waldbrandbecken

Bewässerungskanal

Entwässerungsgraben

Abwasserbeseitigung

Unterirdischer Abschnitt

Wasserkraftleitung

wasserentlastungsleitung

Bach/Wildbach/Fluss

Kanal (Erweiterung eines

Hochwasserentlastungsrinne

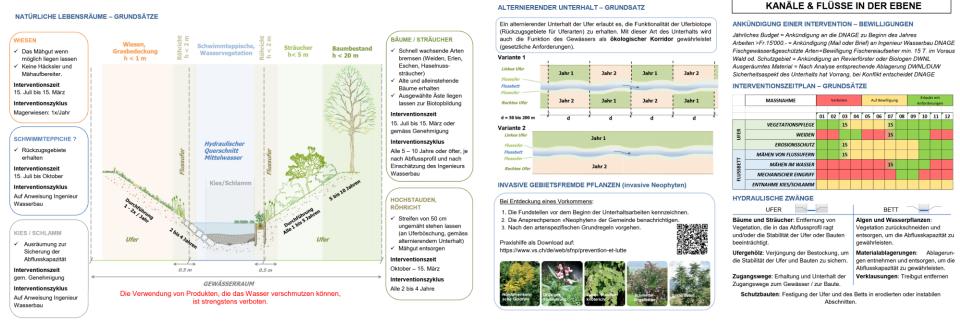
Grundwasserkanal

Gewässerlaufes)

Verbundene Rinne Nicht verbundene Rinne

^{**} Im kIöOG, weil: Fliessgewässer per Definition

Extensiver/alternierender Gewässerunterhalt – Kanäle & FG-Ufer



Gewässerunterhalt - Unterhalt Schutzbauten

- Kantonales Schutzbauteninventar Flussbau in Erarbeitung zwecks Schutzbautenmanagement
- Je nach Bauwerkstyp unterschiedliche Anforderungen an Kontrollintervall, zu kontrollierende Punkte, Dokumentation, etc.



Gewässerunterhalt vs. Sofortmassnahmen Unwetter





- Je nach Umfang der Massnahmen oder Grösse des Ereignisses (lokal vs. regional) wird ein Unwetterereignis über den Gewässerunterhalt oder als Sofortmassnahmen Unwetter abgewickelt.
 - → unterschiedliche Verfahren und Subventionssätze
- Gemeinde(n) kontaktieren im Unwetterfall / bei Sofortmassnahmen die DNAGE um die Massnahmen und deren finanzielle und verfahrenstechnische Abwicklung zu definieren.

Inhalt

- Dienststelle: Organisation, gesetzliche Grundlagen
- Gefahrenarten
- Integrales Risikomanagement
- Gefahrenkarten und Bauvorhaben in Gefahrengebieten
- Schutzbauten- und Wasserbauprojekte: Besonderheiten bei der Abwicklung
- Unterhalt der Gewässer und Schutzbauten
- Gewässerraum und Revitalisierungen



Gewässerraum

■ GSchG:

Art. 36a Gewässerraum

¹Die Kantone legen nach Anhörung der betroffenen Kreise den Raumbedarf der oberirdischen Gewässer fest, der erforderlich ist für die Gewährleistung folgender Funktionen (Gewässerraum):

- a. die natürlichen Funktionen der Gewässer;
- b. den Schutz vor Hochwasser;
- c. die Gewässernutzung.



■ GSchV:

Art. 41 c Extensive Gestaltung und Bewirtschaftung des Gewässerraums

¹ Im Gewässerraum dürfen nur standortgebundene, im öffentlichen Interesse liegende Anlagen wie Fuss- und Wanderwege, Flusskraftwerke oder Brücken erstellt werden. Sofern keine überwiegenden Interessen entgegenstehen, kann die Behörde ausserdem die Erstellung folgender Anlagen bewilligen:

- zonenkonforme Anlagen in dicht überbauten Gebieten;
- a^{bis}. ⁴⁹ zonenkonforme Anlagen ausserhalb von dicht überbauten Gebieten auf einzelnen unüberbauten Parzellen innerhalb einer Reihe von mehreren überbauten Parzellen;
- b. land- und forstwirtschaftliche Spur- und Kieswege mit einem Abstand von mindestens 3 m von der Uferlinie des Gewässers, wenn topografisch beschränkte Platzverhältnisse vorliegen;
- c. standortgebundene Teile von Anlagen, die der Wasserentnahme oder -einleitung dienen;
- d.⁵⁰ der Gewässernutzung dienende Kleinanlagen.⁵¹



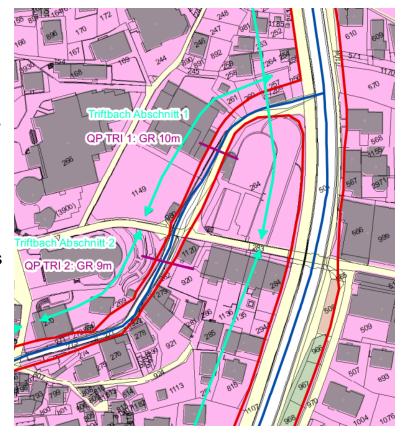
Baubewilligungen im **Gewässerraum** (Art. 41c GSchV)

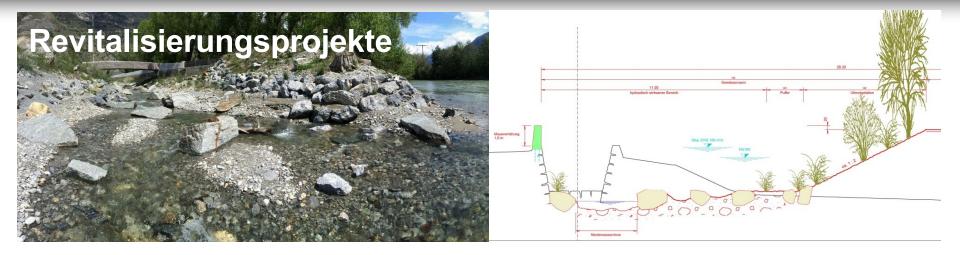
Innerhalb des Gewässerraumes sind grundsätzlich nur standortgebundene, im öffentlichen Interesse liegende Anlagen/Bauten zulässig.

Ausnahmen sind für zonenkonforme Anlagen/Bauten in dicht überbauten Gebieten oder ausserhalb von dicht überbauten Gebieten in einer Reihe von mehreren überbauten Parzellen möglich, sofern diese zwingend auf den Standort innerhalb des Gewässerraumes angewiesen sind und sich nicht negativ auf die Aspekte des Gewässerraumes auswirken (wie Hochwasserschutz, natürliche Funktion des Gewässers / Revitalisierungen, aktuelle Nutzung des Gewässers).

In solchen Fällen braucht es eine Ausnahmebewilligung für das Bauen im Gewässerraum, welche <u>nach Vernehmlassung bei</u> <u>den betroffenen Dienststellen</u> durch die für das Leitverfahren zuständige Behörde erteilt wird (Art. 14 Abs. 4 GNGWB).

Hierzu muss das Baugesuch **Zusatzunterlagen** beinhalten, welche die Einhaltung der oben genannten Bedingungen gemäss Art. 41c GSchV belegen (Art. 13 Abs. 4 VNGWB).

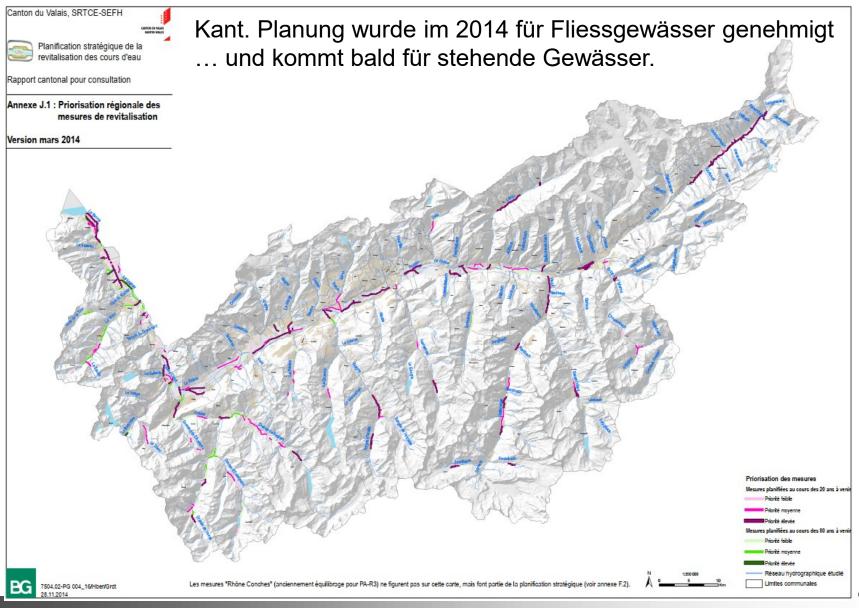




- Art. 15 GNGWB Kant. Revitalisierungsplanung für Fliessgewässer & Seen
- 1 Das Departement, durch die Dienststelle, erstellt die kantonale Revitalisierungsplanung für Fliessgewässer und Seen. Bei der Erstellung oder jeglicher Abänderung dieser Planung werden die betroffenen Dienststellen und Eigentümer angehört.
- 2 Die Gemeindebehörden berücksichtigen die kantonale Revitalisierungsplanung für Fliessgewässer und Seen.
- 3 Der Staatsrat genehmigt die kantonale Revitalisierungsplanung für Fliessgewässer und Seen sowie Änderungen an der Planung.
- 4 Die kantonale Revitalisierungsplanung für Fliessgewässer und Seen ist bei der Festlegung der Gewässerräume, in den Wasserbauplänen, im kantonalen Richtplan sowie in den Zonennutzungsplänen und Bau- und Zonenreglementen zu berücksichtigen.



Revitalisierungsprojekte: Strecken und Prioritäten





Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

